

Vom Umgang mit Straßennamen. Der Fall Hindenburg.

Straßennamen dienen zunächst der räumlichen Orientierung in einer Stadt. Sie prägen sich allein schon deswegen in das Bewusstsein und Alltagsleben ihrer Bewohner ein. Vor allem gehören sie zur Erinnerungskultur einer Stadt. Denn sie erinnern, sofern sie nicht bloße Gemarkungsbezeichnungen oder Namen aus der Tier- und Pflanzenwelt tragen, an historische Persönlichkeiten und Ereignisse. Diese von Form von Erinnerungspolitik hat sich seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland wie auch in vielen anderen europäischen Gesellschaften entwickelt. Dadurch verweisen Straßennamen auch auf die politische Kultur zur Zeit ihrer Verleihung. Denn wenigstens zu dieser Zeit sollten sie auch eine Ehrung bedeuten. Sie sind damit sichtbarer Ausdruck des Geschichtsbewusstseins einer Stadt und beanspruchen eine normative Verbindlichkeit für die Gegenwart und möglicherweise auch für die Zukunft, auch wenn im alltäglichen Leben diese Bedeutung verblassen kann. Sie wird aber wieder lebendig, wenn über Straßenumbenennungen diskutiert wird.

Das gilt besonders für Straßen, deren Namensgeber Personen der Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts waren. Straßenbenennungen und Umbenennungen spiegeln darum auch Brüche und Veränderungen in der Geschichtskultur. Für die Erinnerungspolitik in einer offenen, liberalen und demokratischen Ordnung gilt, dass diese im Unterschied zu Diktaturen auch in der Wahl ihrer historischen Vorbilder eine historisch-politische Vielfalt praktiziert, in der sich ihr verfassungsmäßig gesicherter Pluralismus spiegelt.

Widersprüche und Kontroversen prägen seit jeher das Bild von Paul von Hindenburg. Sein ungewöhnlicher politischer Lebensweg vom bereits 1911 verabschiedeten General zum Weltkriegsheroen, dann zum Symbol nationaler Einheit und schließlich zum Reichspräsidenten, der am Ende Adolf Hitler den Weg ebnete, führte durch die dramatischsten Epochen der neuesten deutschen Geschichte und erhält dadurch seine Brisanz und Widersprüchlichkeit, die unsere Erinnerung bis in die Gegenwart prägt. An ihm scheiden sich seit 1945 bis heute die Geister, auch wenn es um die Benennung bzw. Umbenennung von Straßen und Plätzen geht. Die Geschichte der Ehrungen, die ihm als Namenspatron für Straßen, Plätze und Schulen zuteil wurden, ist Spiegel der widersprüchlichen Erinnerung an Hindenburg. Sie beginnt mit dem Ersten Weltkrieg, als es

zu ersten Ehrungen für den „Helden von Tannenberg“ durch Straßenbenennungen kam, und setzte sich in der Weimarer Republik fort, in der sein 80. Geburtstag im Jahre 1927 zum Anlass genommen wurde, um den „nationalen Retter“ zu ehren. Zu einer Inflation an Hindenburg-Ehrungen durch Straßenbenennungen kam es während der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ von 1933. Deren Verklärung als „nationale Erhebung“ schlug sich symbolpolitisch in der doppelten Umbenennung in Adolf-Hitler-Plätze und in Hindenburg-Straßen fast „reichsweit“ nieder. Die Geschichte der Hindenburg-Rezeption setzt sich dann als Wirkungs- und Streitgeschichte nach 1945 fort und dauert bis heute. Das hat nicht nur damit zu tun, dass lange Zeit unklar war, wer geehrt wurde, der Weltkriegsgeneral oder der Reichspräsident ; es hat auch damit zu tun, dass sich in der Erinnerung an Hindenburg exemplarisch die Probleme einer Nachkriegsgesellschaft oder genauer: einer postdiktatorialen politischen Kultur im Umgang mit Zeugnissen und Symbolen von Militarismus und totalitärer Diktatur spiegeln. Das drückt sich in immer wieder aufbrechenden Kontroversen vor allem über historische Entscheidungssituationen und -handlungen aus, in denen bei der Etablierung der Diktatur Tradition und nationalsozialistische Revolution auf unheilvolle Weise miteinander verschränkt waren. Wie soll man in einem demokratischen Staat mit einer solchermaßen belasteten Tradition umgehen?

Erinnerung bedeutet auch immer Auswahl. Zwar kann sich niemand durch Verdrängung oder Entsorgung einer unliebsamen Vergangenheit aus der Geschichte verabschieden; aber er kann sich entscheiden, welche Akteure und Handlungen der Vergangenheit für ihn erinnerungswürdig sind und welche nicht. Jeder und jede Generation kann sich die Frage stellen, wie weit man das Spektrum von politischen Handlungen und individuellen Haltungen einzelner Personen ziehen soll, das man zu den erinnerungswürdigen und normsetzenden, weil vorbildhaft wirkenden Traditionsbeständen rechnen kann und wo die Trennlinie zu den Verhaltensformen gegenüber einer Diktatur liegen, die nicht als normsetzende gelten können. Auch die Erfahrungen und Erinnerungen an die Diktatur gehören zu unserer Geschichte und sind als Erbe und Belastung auf uns gekommen. Wir können und sollen uns ihnen nicht entziehen. Aber wir können sie, allein schon aus Achtung vor ihren Opfern, nicht in einer ehrenden, positiv besetzten Erinnerung behalten und darum auch nicht zu Straßennamen erheben. Allerdings gab und gibt es immer wieder Debatten darüber, wo nun

diese Grenzziehung zur Diktatur zu liegen hat, denn zur Etablierung einer modernen Diktatur gehörte eine massenhafte Mitwirkung und Unterstützung, ohne dass den Individuen und Gruppen, die solchermaßen an der Legitimierung einer totalitären Herrschaft mitgewirkt haben, damit ein strafbares Verhalten oder gar die Mitwirkung an Gewaltverbrechen vorgehalten werden kann. Können wir angesichts eines mittlerweile sehr viel sensibleren Umganges mit der Diktaturgeschichte und vor allem im Lichte unseres heutigen historischen Wissens um die massenhafte Selbstmobilisierung und Verstrickung auch von Menschen, die nominell (zunächst) keine Mitglieder der NSDAP waren und keine zentralen Herrschaftsfunktionen ausübten, noch jene verharmlosende Grenzziehung der Nachkriegszeit aufrecht erhalten, die zwischen den hundertprozentigen Nazis und NS-Tätern einerseits und einer scheinbar unbelasteten national-konservativen Tradition andererseits unterschied? Oder wissen wir nicht längst, wie wichtig die Mitwirkung und die Scharnierfunktion vieler Vertreter des bürgerlich-nationalen Deutschlands bei der Etablierung und dem Funktionieren der Diktatur war und wie sehr das historische Phänomen Nationalsozialismus gerade aus einer Amalgamierung national-konservativer und dezidiert nationalsozialistisch-totalitärer Positionen bestand? Das lässt sich exemplarisch am Fall Hindenburg diskutieren, der natürlich ein Teil der deutschen Geschichte ist, aber den wir auf Grund seines Verhaltens bei der Etablierung der Diktatur Hitlers möglicherweise nicht zu dem Kreis derer rechnen, die weiterhin als traditionsbildend im beschriebenen Sinne zu betrachten sind.

Spätestens mit der großen Hindenburg-Biographie von Wolfram Pyta (2007) ist die zentrale Rolle Hindenburgs bei der Auflösung der Weimarer Republik und dem Brückenschlag zur Diktatur unübersehbar und eindeutig belegbar geworden. Vor allem hat Pyta mit erdrückendem Quellenmaterial nachgewiesen, dass die Eingriffe Hindenburgs als Reichspräsident in das politische Geschehen, das zur Diktatur führte, sehr bewusste Akte eines zielgerichteten politischen Handelns waren. Hindenburg war nicht das alterssenile Opfer fremder Einflüsterer, sondern er hatte ein politisches Ziel, das er schließlich im Bündnis mit Hitler zu verwirklichen erhoffte. Dieses Ziel war die nicht-verfassungskonforme Vorstellung einer autoritären, nationalen Einheit oder „Volksgemeinschaft“, die keinen politischen Pluralismus dulden und auch die politischen Gegner dieser Ordnung ausschalten sollte.

Darum hat Hindenburg seit 1929/30 aktiv an der der autoritären Verformung der parlamentarisch-demokratischen Verfassungsordnung mitgewirkt und schließlich auf deren Zerstörung hingearbeitet. Als sein Projekt einer nationalen „Volksgemeinschaft“ sich nicht mehr ohne die Unterstützung der nationalsozialistischen Massenbewegung verwirklichen ließ, hat Hindenburg seit November 1932 in der Kanzlerschaft Hitlers einen Ausweg aus der Sackgasse gesehen, in die er und die Vertreter einer nationalen, auf die präsidiale Macht gestützten autoritären Lösung sich selbst manövriert hatten. Freilich sollte das Bündnis zu den Bedingungen der national-autoritären Kräfte und unter deren Kontrolle funktionieren. Der „Tag von Potsdam“ vom 21.3. 1933, d.h. die Inszenierung einer „nationalen Erhebung“ des „alten“ gemeinsam mit dem „jungen“ Deutschland, versprach scheinbar die Verwirklichung dieses Projekts der nationalen „Volksgemeinschaft“, deren zutiefst gewaltsamer Charakter sich bereits zu diesem Zeitpunkt mit der brutalen Verfolgung der politischen Opposition und den ersten antisemitischen Gewaltaktionen abzeichnete. Hindenburg hat dennoch bis zum Ermächtigungsgesetz die NS-Politik der Verfolgung und Zerstörung der Rechtsordnung durch seine Notverordnungscompetenz legitimiert und auch danach bis zu seinem Tode 1934 die Etablierung der NS-Gewaltherrschaft hingenommen.

Natürlich hat es schon immer kritische Stimmen zur verhängnisvollen Rolle Hindenburgs im Jahre 1933 gegeben. Doch die Mehrheit wollte in den Jahrzehnten der Nachkriegszeit in Hindenburg ausschließlich einen demokratisch gewählten und verfassungskonformen Reichspräsidenten sehen, der schließlich keine andere Wahl gehabt hätte, als Hitler mit der Reichskanzlerschaft zu betrauen und der dabei Opfer fremder Einflüsterer war. Ein kritisches Hindenburg- Bild, das diese Annahmen für falsch oder bewusst einseitig hielt, konnte sich zwar in der Geschichtswissenschaft, nicht aber in der öffentlichen deutschen Erinnerungskultur lange Zeit nicht durchsetzen.

Das spiegelt sich auch in der Geschichte der Hindenburg-Straßen nach 1945. Zu einer flächendeckenden Umbenennung der vielen meist zentral gelegenen Hindenburg-Straßen und Plätze ist es nicht gekommen. Noch heute gibt es knapp 400 Namensgebungen dieser Art. In der Hindenburg-Rezeption, wie sie sich auf den Straßenschildern spiegelt, lassen sich nicht nur einzelne Etappen der Wirkungsgeschichte unterscheiden, sondern auch verschiedene Bilder von Hindenburg selbst, die sich überlagern.

Eine erste Welle der Umbenennungen gab es in der unmittelbaren Nachkriegszeit, ganz unter dem Eindruck der Geschichtspolitik des alliierten Kontrollrates, der alle Zeugnisse des Nazismus und Militarismus verbannen wollte, aber auch unter dem Einfluss einer bewussten deutschen politischen Abkehr von der NS-Zeit. In Münster wurde die Hindenburgschule 1945 in Kreuzschule umbenannt, in Hiltrup verschwand eine Hindenburgstraße; in vielen Ruhrgebietsstädten wurden nicht nur, wie überall, die Adolf-Hitler- Plätze, sondern auch die Hindenburgstraßen von der städtischen Landkarte gestrichen. In Münster versickerte die entsprechende Empfehlung einer interfraktionellen „Kommission zur Namensänderung von Straßen und Plätzen nach bekannten Militaristen“ vom November 1946, die auch den Hindenburgplatz wieder in Neuplatz umbenennen wollte. Sie wurde dem Rat in den folgenden Monaten nicht mehr zur Entscheidung vorgelegt. Auch anderswo waren die Entscheidungen sehr uneinheitlich und zunehmend vom sich wandelnden Zeitgeist, der bald im Sog des Kalten Krieges stand, bestimmt: In einem Vorort von Bad Oeynhausen verschwand Hindenburg als Namenspatron zugunsten eines sozialdemokratischen Widerständlers, während er in der Stadtmitte des Kurortes erhalten blieb. Auch in Kiel hatte eine entsprechende Kommission im April 1947 den Namen Hindenburgufer zur Disposition gestellt, was nach einem politischen Tauschgeschäft zwischen CDU und SPD nicht umgesetzt wurde. Nur ein kleines Stück des prominenten Hindenburgufers, vor dem Institut für Weltwirtschaft, wurde in Bernhard Harms- Weg umbenannt. Erst 1972, zu den Olympischen Segelwettbewerben in Kiel, meinte man dem internationalen Publikum den Namen Hindenburg nicht mehr zumuten zu können und trennte abermals ein Stück des Weges ab, für den man den schönen Namen „Kiellinie“ fand, während daneben in einem anderen Abschnitt Hindenburg auf dem Straßenschild blieb.

Das war Ausdruck einer zweiten bundesweiten Welle der Umbenennungsversuche, die sich im Gefolge der unruhigen 60 er Jahre entlud, ohne nennenswerte Erfolge zu erzielen. In Münster kam es in den frühen 1970er Jahren ebenfalls zu verschiedenen Initiativen, den Hindenburgplatz umzubenennen. Die Hindenburgallee in St. Mauritz wurde –wohl als Folge einer Eingemeindung- zwar in Tannenhofallee umbenannt, ein Antrag der DKP auf Umbenennung des Hindenburgplatzes in Salvadore-Allende-Platz fand jedoch keine große Resonanz und wurde auch vom damaligen Leiter des Stadtarchivs abgelehnt. Er befand in einem bemerkenswerten Akt der Geschichtsblindheit, dass es in Münster überhaupt keine Straßenbezeichnungen zur Erinnerung an die „militärische, kolonialimperialistische und

faschistische Vergangenheit“ gäbe. Ende der 1980er Jahre flammte die öffentliche Diskussion um den Hindenburg-Platz wieder auf, nachdem verschiedene Eingaben und Vorschläge auf Umbenennung in Edith-Stein-Platz oder später in Johann-Conrad-Schlaun-Platz bzw. Platz des Westfälischen Friedens gemacht wurden. Eine Bürgerumfrage der Volkshochschule 1998, bei der sich eine deutliche Mehrheit für die Beibehaltung des Namens ausgesprochen hatte, beendete vorerst die Diskussion, die offensichtlich im Zehnjahresrhythmus immer wieder aufflammt.

Einen weiteren Faktor der Unsicherheit im Umgang mit den Hindenburgstraßen stellt der Zeitpunkt und damit auch der Bezugspunkt der Ehrung bzw. des jeweiligen Hindenburg-Bildes dar, und das hat sich bis heute so erhalten. Soll der Weltkriegsgeneral, der „Held von Tannenberg“, geehrt werden oder der Reichspräsident, der „Retter“ und Treuhänder der scheinbar geeinten Nation bzw. der Schutzherr der „nationalen Erhebung“ von 1933. In einigen Städten gab es seit 1914 bereits Hindenburg-Ehrungen, in vielen zum 80. Geburtstag des Reichspräsidenten 1927, obwohl durch eine preußische Verwaltungsvorschrift Straßenbenennungen nach lebenden Personen ausgeschlossen waren. In Münster setzte 1927 die Mehrheit des Rates die Umbenennung des Neuplatzes in Hindenburgplatz durch. Das hatte möglicherweise auch mit dem Wunsch des katholischen Münsterlandes zu tun, sich stärker dem deutschnationalen politischen Milieu anzunähern, auch aus Verärgerung über die preußische Zentrumsparteiführung, die eine enge Koalition mit der SPD praktizierte. An anderen Orten, wie etwa in Nürnberg, führte das Verlangen der deutschnationalen Kräfte, die seit 1925 deutlich erstarkten, mit Hindenburg den „konservativen Retter“ zu ehren, zu einem Nebeneinander eines Rathenau-Platzes mit einem Hindenburg-Platz.

Heißt das nun, dass man die unterschiedlichen Intentionen der Ehrung berücksichtigen und vielleicht die Hindenburg-Straßen dort beibehalten soll, wo Hindenburg bereits 1914 oder spätestens 1927 geehrt wurde, während die politische Instrumentalisierung durch die NS-Bewegung von 1933 zum Ausschluss führen kann oder muss. Ich denke, dass diese Trennung übersieht, wie vielschichtig der Hindenburg-Mythos bzw. sein Charisma waren, als sie 1933 zur Etablierung und Rechtfertigung der NS-Diktatur eingesetzt wurden. Eine Differenzierung zwischen dem Hindenburg von 1914 bzw. 1927 und dem von 1933, die post festum vorgenommen würde, würde gerade diese nationale Gemengelage und Mehrdeutigkeit

übersehen bzw. nicht wahrhaben wollen, welche verhängnisvolle Rolle der Hindenburg-Mythos 1933 gespielt hat und dass dadurch alles andere überlagert wird.

Natürlich kann Erinnerung auch verblassen, und es ist nicht auszuschließen, dass im Jahre 2011 die Wenigsten noch die Motive der Hindenburg-Ehrung von 1927 oder 1933 kennen. Das Argument freilich, das sich an diese Beobachtung anschließt und meistens darauf verweist, dass einem Straßenschild allenfalls noch die Bedeutung einer historischen Quelle im breiten Strom der Geschichte zukäme und darum kein weiteres Aufheben darüber gemacht werden solle, würde alle Regeln von Geschichtlichkeit und Geschichtskultur einer Stadt, auf die man im übrigen und mit guten Gründen stolz ist, in diesem peinlichen Fall außer Kraft setzen. Denn an vielen historischen Gebäuden und Plätzen verweisen Tafeln sehr wohl auf ihre Geschichte.

Wenn die historischen und geschichtspolitischen Argumente überwiegend für einen kritischen Umgang mit dem Straßennamen Hindenburg sprechen, bleibt die Frage, welche Form des öffentlichen Umgangs sich aus dieser Einsicht ableiten lässt. Eine Entsorgung der Vergangenheit durch die bloße Abnahme der entsprechenden Straßenschilder ist mit Sicherheit der falsche Weg; die historisch-politische Aufklärung über die Rolle Hindenburgs, auch in Kurzform, unter einem bestehenden oder zu verändernden Straßenschild ist allemal vorzuziehen. Ganz gleich, wie sie ausgeht, eine entsprechende öffentliche Debatte über Hindenburg und die Hindenburg-Ehrung hätte eine aufklärerische Funktion. Die alternativen Lösungen, die bisher diskutiert wurden, sind allerdings nicht ohne Widersprüche. Blicke der Straßename Hindenburg erhalten und würde nur mit einer zusätzlichen Schrifttafel auf die historische Rolle Hindenburgs verwiesen, dann drohte diese Form der historischen Aufklärung in der öffentlichen Wahrnehmung den Kürzeren zu ziehen, weil der Beibehaltung des Namens das größere Gewicht zukäme und weil Erinnerung stets auch mit affektiven, ins Persönliche gehenden Haltungen und Wahrnehmungen verbunden ist, die stärker sind als andere, kritische Einsichten. Die umgekehrte Lösung, nämlich den Straßennamen zu ändern und den an den bisherigen Namen durch ein Zusatzschild zu erinnern, dürfte nicht verschweigen, was sich mit der einstigen Namensgebung verband und welche Motive bei der Ehrung wie bei der Umbenennung bestimmend waren. Bei beiden Varianten bestünde die Chance, aus der Geschichte von Straßennamen so etwas wie ein begehrtes

Geschichtsbuch zu machen, wohl wissend, dass Geschichtsbewusstsein immer auch zeitgebunden und ambivalent ist.